

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 02.12.2020

Ort: Stadthalle Braunschweig, Congress Saal, Leonhardplatz, 38102 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:57 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Nicole Palm - SPD

Mitglieder

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Herr Professor Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Stellvertretende Mitglieder

Herr Peter Edelmann - CDU *bis 20:28 Uhr*

Vertretung für: Herrn Björn Hinrichs

Herr Frank Flake - SPD *ab 15:29 Uhr bis 17:02 Uhr*

Vertretung für: Frau Annette
Johannes

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P² *bis 19:17 Uhr*

Vertretung für: Herrn Christian Bley

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD *ab 17:02 bis 20:45 Uhr*

Vertretung für: Frau Annette
Johannes

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker - SPD *bis 18:37 Uhr*

Herr Godehard Busche - CDU

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Herr William Labitzke - SPD *ab 15:15 Uhr bis 19:20 Uhr*

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Herr Olaf Gedrowitz - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat
bis 17:10 Uhr

Frau Dr. Eva Goclik – Vertreterin Umweltverbände

Gäste

Herr Uwe Mickler - Polizei BS

Herr Jörg Reincke - Braunschwe. Verkehrs-GmbH

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Thorsten Warnecke - FBL 61

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Thomas Gekeler - FBL 68

Herr Bernd Schmidbauer - AbtL 61.1

Herr Jan-Christoph Friedrich - Ref. 0610

Herr Klaus Hornung - RefL 0610

Herr Uwe Kirchberger - FB 68

Herr Detlef Pottgießer - FB 66

Herr Thomas Zindel - FB 68

Frau Lydia Weber - Baureferendarin

Protokollführung

Frau Julia Matos - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P² entschuldigt

Herr Björn Hinrichs - CDU entschuldigt

Frau Annette Johannes - SPD entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
- 2.1 Wetterschutz an der zukünftig barrierefreien Bushaltestelle am Altstadtmarkt 20-14727
- 2.2 Tentativliste UNESCO-Weltkulturerbe 20-14863
- 3 Anträge
- 3.1 Prüfantrag: Grundstück für Tiny House-Siedlung in Braunschweig 20-14826

3.2	Zugang für Ratsmitglieder und Fraktionsgeschäftsstellen zum Geoportal Frisbi	20-14740
3.2.1	Zugang für Ratsmitglieder und Fraktionsgeschäftsstellen zum Geoportal Frisbi	20-14740-01
3.3	Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße"	20-14766
3.3.1	Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße"	20-14766-01
3.4	Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Okzident	20-14848
3.4.1	Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Okzident	20-14848-01
4	E-Bus-Konzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)	20-14711
5	Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord	20-14639
5.1	Änderungsantrag zu Ds. 20-14639: Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord	20-14870
5.2	Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord - Änderungsantrag zu DS 20-14639	20-14873
5.3	Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord Änderungsantrag zur Vorlage 20-14639	20-14639-01
5.4	Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord - Änderungsantrag zu DS 20-14870	20-14924
6	149. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Grundschule Wedderkopsweg"; Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391 Auslegungsbeschluss	20-14550
7	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift " Grundschule Wedderkopsweg", LE38 Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391 (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Flst. 402/7 u. 402/11 (Geltungsbereich B) Auslegungsbeschluss	20-14357
7.1	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Grundschule Wedderkopsweg", LE38 Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391 (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Flst. 402/7 u. 402/11 (Geltungsbereich B)	20-14357-01

Auslegungsbeschluss

8	153. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Hinter dem Berge"; Stadtgebiet Ortsteil Hondelage nördlich der Straße Hinter dem Berge Auslegungsbeschluss	20-14818
9	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Hinter dem Berge", HL 48 Stadtgebiet nördlich der Straße Hinter dem Berge (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemarkung Hondelage Flur 11, Flurstücke 64/1 und 64/2 (tlw.) (Geltungsbereich B), Gemarkung Dibbesdorf Flur 5, Flurstück 5/2 (Geltungsbereich C) Auslegungsbeschluss	20-14807
10	Städtebaulicher Vertrag "Hinter dem Berge", HL 48, für den Bereich zwischen dem Sportplatz und den Straßen Hinter dem Berge und Am Beek	20-14701
11	2. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Senefelderstraße 2a", ST 82	20-14703
12	Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung	20-14845
13	Neuplanung der Schwartzkopffstraße im Bereich der Straße Fichtengrund	20-14637
13.1	Neuplanung der Schwartzkopffstraße im Bereich der Straße Fichtengrund	20-14637-01
14	Radwegführung auf der Celler Straße zwischen Freisestraße und Maschstraße	20-14632
15	Gehweg am Wilhelmitorwall	19-11532-02
15.1	Gehweg am Wilhelmitorwall	19-11532-03
15.2	Änderungsantrag zu 19-11532-03 Gehweg am Wilhelmitorwall	20-14918
15.3	Änderungsantrag zu 19-11532-03 Gehweg am Wilhelmitorwall	20-14918-01
16	Ideenplattform - Entfernung Parkbucht direkt vor Ampelanlage zur Gewährleistung der Sichtbarkeit der Radfahrer	20-14759
16.1	Ideenplattform - Entfernung Parkbucht direkt vor Ampelanlage zur Gewährleistung der Sichtbarkeit der Radfahrer	20-14759-01
17	Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) auf der Eisenbütteler Straße	20-14738
17.1	Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) auf der Eisenbütteler Straße	20-14738-01

18	„Weiterführung Ringgleis - Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023	20-14402
18.1	„Weiterführung Ringgleis - Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023 - Änderungsantrag zu DS 20-14402	20-14928
19	„Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mehlkamp und Heinenkamp" in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164)	20-14671
20	„Anfragen	
20.1	„Hochwasserschutz für Feldstraße und Kälberwiese	20-14838
20.1.1	„Hochwasserschutz für Feldstraße und Kälberwiese	20-14838-01
20.2	„Klimaschutzzvorgaben für Baugebiete	20-14816
20.2.1	„Klimaschutzzvorgaben für Baugebiete	20-14816-01
20.3	„Planung, Aufwertung und Umgestaltung Johannes-Selenka-Platz	20-14847
20.3.1	„Planung, Aufwertung und Umgestaltung Johannes-Selenka-Platz	20-14847-01
20.4	„Mündliche Anfrage	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. „Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzende Palm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie nennt die Ergänzungen zur Tagesordnung.

Es wird vorgeschlagen, zusammen zu behandeln:

- TOP 6, 7, 7.1 (Grundschule Wedderkopsweg),
- TOP 8, 9, 10 (Hinter dem Berge).

Bedenken oder sonstige Anmerkungen werden nicht geäußert.

Ausschussvorsitzende Palm stellt diese Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen**2.1. Wetterschutz an der zukünftig barrierefreien Bushaltestelle am Altstadtmarkt 20-14727**

Stadtbaudirektor Leuer leitet in das Thema ein. Herr Hornung trägt anhand der im Bürgerinformationssystem bei TOP 2.1 einsehbaren Beamerpräsentation vor.

Im Folgenden geben mehrere Ausschussmitglieder ein erstes Meinungsbild ab. Ratsmitglieder Mundlos, Jalyschko, Palm und Dr. Dr. Büchs bevorzugen im Ersteindruck die Standard-Bushaltestellen-Glaskonstruktion. Wiedererkennungswert, bewiesene Funktionalität, gute Einsehbarkeit insbesondere für Busfahrer*innen und geringere Kosten sind hier die Argumente für die Standardvariante. In der Abwägung zwischen offener Gestaltung und Wetterschutzaspekten bewertet Ratsfrau Palm eine geschlossene Rückwand als praktikabler. Für Ratsherr Manlik ist die Aufenthaltsqualität auf dem Platz besonders wichtig. Er regt einen anderen Standort für eine Haltestelle stadteinwärts an. Ratsmitglieder Schneider und Möller befürworten im Ersteindruck den Entwurf der Verwaltung.

Herr Hornung und Stadtbaudirektor beantworten Fragen zu dem Entwurf von K17 und gehen auf die Anmerkungen ein.

Der Gestaltungsbeirat setzt sich zusammen aus Herren Leuer, Warnecke, Hornung, Prof. Carsten Roth (TU Braunschweig), Herrn Simon Thamm (Bund Deutscher Architekten - Braunschweig) und Frau Karin Kellner (SRL - Niedersachsen). Für nähere Angaben zur Förderkulisse sei es zu früh. Belangen der Barrierefreiheit werden durch Borderhöhungen und Leitstreifen (taktile Elemente für Sehbehinderte) Rechnung getragen. Das Kopfsteinpflaster bleibt, es erfolge keinerlei Asphaltierung. Straßenausbaubeiträge fallen nicht an. Das Ergebnis zur Prüfung anderer Standorte ergibt sich aus der Beschlussvorlage 19-10218. Eine geeignete Oberflächenbeschaffenheit des Cortenstahls wird mitgedacht, falls es zur Umsetzung dieser Variante kommt. Eine stärkere Schließung der Rückwand komme in Frage. Es sollen keine Kunststoffe verwendet werden. Der Entwurf füge sich gut ins Umfeld ein. Der im Ausschuss und am 24.11.2020 im Stadtbezirksrat 131 Innenstadt vorgestellte Entwurf von K17 sei nach Meinung der Verwaltung ein funktional guter und gestalterisch hochwertiger Entwurf und unterstreiche Historie und Bedeutung des Altstadtmarktes. Es wird als richtig angesehen, Aufwand zu investieren, um verschiedene Varianten zu beleuchten und Meinungen einzuholen. Eine Beschlussvorlage für das erste Quartal 2021 wird erarbeitet.

Protokollnotiz: Ratsherr Flake nimmt ab 15:29 Uhr an der Sitzung teil.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2. Tentativliste UNESCO-Weltkulturerbe20-14863

Herr Friedrich trägt anhand der im Ratsinformationssystem bei TOP 2.2 einsehbaren Beamerpräsentation von 15:59 Uhr bis 16:18 Uhr vor.

Stadtbaudirektor Leuer führt aus, es sei denkbar, die Qualitäten der Wallanlage sichtbar zu machen, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme externen Sachverstands. Ratsfrau Mundlos dankt für die Präsentation, die ihre Bedenken zur Verwaltungsmittelung ausräume.

Die Mitteilung und die Präsentation werden von den Ausschussmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen.

3. Anträge

3.1. Prüfantrag: Grundstück für Tiny House-Siedlung in Braunschweig 20-14826

Ratsfrau Schneider bringt für die Fraktion DIE LINKE. den interfraktionellen Antrag ein. Sie wünscht eine zeitnahe Einschätzung der Verwaltung und eine zeitnahe Realisierung einer Tiny-House-Siedlung. Stadtbaurat Leuer befürwortet das Anliegen. Es komme u. a. der CoLiving Campus in Betracht. Ratsherr Möller bittet, den Aspekt Flächenverbrauch in die zu fertigende Aufstellung aufzunehmen, damit Geschosswohnungsbau, der Flächen unter Umständen effektiver ausnutzen könne, nicht verdrängt wird. Ratsherr Dr. Dr. Büchs bestärkt darin, ökologische Aspekte anzuführen. Er appelliert, experimentelle, unkonventionelle Architektur zuzulassen. Stadtbaurat Leuer kündigt an, nicht nur Tiny Houses im Sinne kleiner freistehender Einheiten zu betrachten, sondern verschiedene Konzeptionen zur Diskussion zu stellen. Ratsfrau Mundlos bittet, eine Variante mit Tiny Houses übereinander und mit Gründach oder grüner Dachterrasse in die Planung einzubeziehen.

Protokollnotiz: Ratsherr Edelmann verlässt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig unterstützt die Realisierung einer Tiny House-Siedlung in Braunschweig.
2. Die Verwaltung überprüft, welche Grundstücke in Braunschweig für eine zeitnahe Realisierung einer Tiny House-Siedlung geeignet sind.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3.2. Zugang für Ratsmitglieder und Fraktionsgeschäftsstellen zum Geoportal Frisbi 20-14740

Der Antrag 20-14740 wird von Ratsherr Dr. Mühlnickel eingebracht und begründet. Herr Warnecke erläutert die Position der Verwaltung und die rechtliche Lage zum Datenschutz in Ergänzung der Stellungnahme 20-14740-01. Ratsherr Kühn findet eine Übersicht über die städtischen Liegenschaften gut, ansonsten hält er den beantragten Lizenzzugang mit Blick auf Kosten von 35 Euro je Lizenz für nicht erforderlich. Ratsherr Manlik hält es ebenfalls für zielführender, gegebenenfalls gezielte Nachfragen an die Verwaltung zu stellen.

Ratsherr Flake verweist auf den Fraktionsgeschäftsstellen bereits zur Verfügung stehende Fachanwendungen und empfiehlt eine Abstimmung zwischen den Fraktionsgeschäftsstellen und der Verwaltung im Nachgang zur Sitzung.

Ratsfrau Jalyschko entspricht dem Verfahrensvorschlag von Ratsherr Flake und erklärt für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN die Bereitschaft, den Antrag für diese Gremienschäfe zurückzustellen. Hierauf wird sich verständigt.

Protokollnotiz: Ratsherr Edelmann nimmt ab 16:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, interessierten Ratsmitgliedern und Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstellen einen geschützten Zugang zu ausgewählten und bislang nicht frei zugänglichen Informationen des Geoportal Frisbi zu gewähren. Dazu gehört in einem ersten Schritt die Fachanwendung zu den Liegenschaften und Gebäuden, die sich im Besitz der Stadt Braunschweig befinden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, in einem zweiten Schritt eine Liste mit den Fachanwendungen und Informationen vorzulegen, die im Geoportal Frisbi hinterlegt sind und die ohne dabei Rechte Dritter zu verletzen ebenfalls für Ratsmitglieder und Mitarbeiter*innen freigegeben werden können. Anhand dieser Liste soll eine Diskussion darüber geführt werden, welche weiteren Anwendungen aus dem umfangreichen Material, das im Geoportal Frisbi hinterlegt ist, dem hier genannten Personenkreis zugänglich gemacht werden soll.

Ergebnis: Für diese Gremienschiene zurückgestellt. Wird eingeplant für die nächste reguläre Sitzung am 27.01.2021.

Protokollnotiz: Die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN zieht den Antrag am 14.12.2020 zurück.

3.2.1. Zugang für Ratsmitglieder und Fraktionsgeschäftsstellen zum Geoportal Frisbi 20-14740-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

3.3. Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße" 20-14766

Der Antrag 20-14766 wird von Ratsherr Hahn für Die Fraktion P² eingebracht und begründet. Die Stellungnahme der Verwaltung 20-14766-01 liegt vor.

Ratsmitglieder Mundlos, vom Hofe, Dr. Dr. Büchs, Palm und Jalyschko begründen ihre inhaltlich ablehnende Haltung zum Antrag. Mit der im Antrag und dessen Vorstellung zum Ausdruck kommenden kritischen Haltung gegenüber den Widerstandskämpfern Georg und Philipp Freiherr von Boeselager zeigen sich mehrere Ratsmitglieder nicht einverstanden. Im Übrigen fallen solche Erwägungen in die Zuständigkeit des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft und des zuständigen Stadtbezirksrates. Eine Teilumbenennung einer Straße sei ungewöhnlich, in den meisten Fällen rechtswidrig, aufwändig und kostenträchtig für die Anlieger. Eine informelle Frage bei einem Stadtbezirksratsmitglied sei zudem unbürokratischer gewesen. Ratsherr Dr. Dr. Büchs teilt mit, dass sich der Stadtbezirksrat 332 in der letzten Sitzung mit dem Thema befasst hat. Er regt eine mehrsprachige Hinweistafel (eventuell BLIK-Tafel) an, welche die Verdienste des Namensgeber der Straße abbildet. Die Verknüpfung von zwei Vorschlägen (Bitte um Umbenennung und konkreter Namensvorschlag) wird kritisch beurteilt. Die Benennung eines neuen Bereiches (Straße, Platz) nach Christoph Schlingensief, zum Beispiel im Umfeld der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, wird von mehreren Ausschussmitgliedern positiv gesehen.

Stadtbaurat Leuer kündigt eine Berücksichtigung von Christoph Schlingensief bei zukünftigen Planungen zu Benennungen in passendem Umfeld an.

Ratsherr Hahn geht auf die Anmerkungen der Ratsmitglieder ein. Er begeht eine Abstimmung.

Protokollnotiz: Ratsherr Flake verlässt die Sitzung um 17:02 Uhr. Ratsfrau Jaschinski-Gaus nimmt ab 17:02 Uhr an der Sitzung teil.

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen: Der Rat bittet den Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue um die Befassung mit einer Umbenennung des Teilstückes der Straße Boeselagerstraße an der Landesaufnahmebehörde in „Christoph-Schlingensief-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 1 Dagegen: 10 Enthaltungen: 2

Der Antrag ist abgelehnt.

3.3.1. Bitte um Befassung des Stadtbezirksrates 332 Schunteraue: Anregung zur Teilumbenennung der Boeselagerstraße im Bereich der Landesaufnahmebehörde in "Christoph-Schlingensief-Straße" 20-14766-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

3.4. Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Okzident 20-14848

Der Antrag 20-14848 wird von Ratsherr Hahn für Die Fraktion P² eingebracht und begründet. Die Stellungnahme der Verwaltung 20-14848-01 liegt vor.

Ratsmitglieder Jalyschko, Schneider und Dr. Mühlnickel äußern sich positiv zum Antrag. Ratsherren Kühn und Manlik bemängeln, dass solche Anträge im Falle eines Beschlusses die Anstrengungen der Verwaltung konterkarieren könnten. Es sei zielführender, der Verwaltung partnerschaftlich Vorschläge und Ideen zu unterbreiten.

Ratsherr Dr. Dr. Büchs regt die Umwandlung in einen Prüfauftrag an.

Stadtbaudirektor Leuer bekräftigt, dass die Abwägungen zu einer ersten Veloroute unter Einbindung der Radfahrverbände laufen. Auf die Mitteilung 20-14388 wird verwiesen.

Ausschussvorsitzende Palm schlägt vor, das Folgende protokollarisch festzuhalten: Die Ost-West-Veloroute von der B1 bei Lamme über den Wallring südlich der Innenstadt bis nach Rautheim wird vom Ausschuss als mögliche erste Veloroute angesehen. Die Verwaltung wird gebeten, diese im weiteren Verfahren auf ihre Eignung als erste Veloroute zu prüfen und im Jahr 2021 zu berichten.

Ratsherr Hahn begeht für die antragstellende Gruppe eine Abstimmung zum Antrag 20-14848.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

1. Als erste Veloroute plant die Verwaltung der Stadt Braunschweig eine durchgehende Ost-West-Veloroute von der B1 bei Lamme über den Wallring südlich der Innenstadt bis nach Rautheim.
2. Dabei folgt die Verwaltung der konkreten Routenführung der gemeinsamen Empfehlung der Braunschweiger Verbände Initiative Fahrradstadt, ADFC, Braunschweiger Forum und VCD einer durchgehenden Ost-West-Veloroute, wie in der Quelle 1 dargestellt. Diese wird als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung für die erste Veloroute beschlossen [1].
3. Die darin enthaltenen Maßnahmenempfehlungen werden gemeinsam mit den o. g. Verbänden evaluiert und konkretisiert. Im Anschluss fließen sie im Konsenz in die Planungen ein; sie bilden die Umsetzungsgrundlage.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 4 Dagegen: 8 Enthaltung: 1

Der Antrag ist abgelehnt.

3.4.1. Erstes Pilotprojekt Veloroute Ost-West: Von Orient zu Okzident 20-14848-01

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

4. E-Bus-Konzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) 20-14711

Es gibt keine weiteren Fragen an Herrn Reincke.

Beschluss:

Dem Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt.

Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobussen mindestens um 50 % reduzieren. Der Aufbau von Ladeinfrastruktur für den Anteil der Gelegenheitslader wird ebenfalls unter einen Fördervorbehalt gestellt, jedoch nicht quotiert.

Die Vertretungen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Umsetzungskonzept der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zur Einführung eines systemischen Elektrobusbetriebs wird zugestimmt. Die Umsetzung wird eingeleitet, wenn Förderprogramme zur Verfügung stehen, die die Preisdifferenz zwischen Diesel- und Elektrobusse mindestens um 50 % reduzieren. Ebenso, jedoch ohne Quotierung, steht der Aufbau der Ladeinfrastruktur unter einem Fördervorbehalt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltung: 1

5. Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord

20-14639

Ausschussvorsitzende Palm gibt einen Überblick über die Änderungsanträge und hält fest, dass sich die Änderungsanträge 20-14870 (TOP 5.1) und 20-14873 (TOP 5.2) durch den Änderungsantrag 20-14924 (TOP 5.4) erledigt haben.

Herr Pottgießer stellt von 17:23 Uhr bis 17:40 Uhr die Historie und das geplante Vorgehen vor (Visualisierung durch Lageplan und Luftbild, einsehbar im Bürgerinformationssystem bei TOP 5).

Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Änderungsantrag 20-14924 (TOP 5.4) für die Fraktionen BIBS, Bündnis 90 - DIE GRÜNEN und DIE LINKE. ein.

Ratsherr Manlik bringt den Änderungsantrag 20-14639-01 (TOP 5.3) für die CDU-Fraktion ein.

Ratsfrau Palm bezieht Position, vermittelt und sensibilisiert zu Fördermöglichkeiten und dem zeitlichen Ausblick für eine Erschließung aufgrund umfangreicher Bebauungsplanverfahren und Baumaßnahmen (Weinbergweg-Süd, Ludwigstraße, Mitgaustraße zwischen dem Mittelweg und dem Nordanger). Sie verweist auf die Zusage der Verwaltung, verkehrliche Entwicklungen weiterzuverfolgen und Varianten ökologisch neu zu bewerten.

Frau Dr. Goclik kritisiert die zunehmende Verdichtung und bittet, die klimatischen Ziele der Stadt durch Verkehrswandel im Fokus zu behalten, um nachhaltig positive Klimaanpassungen zu erreichen, zumal Grünflächen auch wichtig für die Naherholung der Anwohner*innen seien. Sie favorisierte dementsprechend die Variante 3. Sie fragt, inwieweit es Berechnungen zur Finanzierungslage (Gesamtkosten, Fördermittel) bei schmaleren Verkehrsflächen gebe. Sie wäre dafür, gegebenenfalls auf Fördermittel zu verzichten. Sie erwarte eine starke Nutzung des Ringgleises durch die Radfahrenden.

Ratsfrau Jalyschko bemängelt die einheitlichen Modal-Split-Berechnungen im WV-Verkehrs-gutachten für alle Varianten. Der induzierte Verkehr werde damit nicht ausreichend berücksichtigt. Sie hätte sich eine Gegenüberstellung der Varianten gewünscht. Sie bedauert, dass keine verkehrsplanerische und städtebauliche Neubewertung geplant sei.

Ratsfrau Schneider wirbt für den Änderungsantrag 20-14924 (TOP 5.4) und geht insbesondere auf die Annahmen zu einem zunehmenden motorisierten Individualverkehr und Schallimissionen ein.

Ratsherr Dr. Dr. Büchs kritisiert, dass die in der Nordstadt geplante Stadtbahntrasse keine Berücksichtigung in der Voruntersuchung gefunden habe und dass die Voruntersuchung bislang nicht veröffentlicht wurde. Es müsse berücksichtigt werden (siehe auch VCD), dass der prognostizierte Lkw-Verkehr mit Zielverkehr Siegfriedstraße ausbleibe.

Ratsherr Manlik appelliert, Pkw-Verkehr nicht verlagern zu wollen, sondern realistisch Rechnung zu tragen.

Stadtbaudirektor Leuer geht auf die Änderungsanträge, Fragen und Anmerkungen ein. Er erläutert die Verkehrsmengen und -flüsse, verdeutlicht die Kombi-Wirkung bei innerer und äußerer

rer Erschließung und die effiziente und langfristig angelegte Flächenausnutzung des Verwaltungsvorschlags. Verkehrsberechnungen tragen den einheitlichen ÖPNV-Verbindungen Rechnung. Schmalere Verkehrsflächen seien richtlinienkonform nicht umsetzbar, der Verzicht auf Radwege nicht zielführend. Das Einsparpotenzial werte er als gering. Die Fördermittelhöhe sei aktuell noch offen. Zu vermeintlichen Vorfestlegungen erinnert Stadtbaurat Leuer daran, dass den Gremien separate Beschlussvorlagen zu Bebauungsplanverfahren und Baumaßnahmen vorgelegt werden. Ein heutiger Beschluss zum gesamten Bereich biete die Chance, Fördermittelmöglichkeiten weiterzuverfolgen und Planungen abschnittsweise weiter zu konkretisieren.

Ratsfrau Palm regt an, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion als Basis zu nehmen und verändert zur Abstimmung zu stellen. Hierauf wird sich verständigt.

Ausschussvorsitzende Palm lässt zunächst über den Änderungsantrag 20-14924 und dann über die geänderte Fassung des Änderungsantrages 20-14639-01 abstimmen.

Beschluss (beschlossen in der geänderten Fassung des Änderungsantrages 20-14639-01):

~~„Dem vorgeschlagenen weiteren Vorgehen zur Stadtstraße Nord wird zugestimmt.“~~
„Die durchgehende Variante der Stadtstraße Nord wird weiterverfolgt. Die Bereiche Mitgaustasse, Wodanstraße und zwischen Mittelweg und Hamburger Straße werden abschnittsweise nach Vorliegen des entsprechenden Planungsrechtes realisiert.“

5.1. Änderungsantrag zu Ds. 20-14639: Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord 20-14870

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14639 / TOP 5.

Erledigt durch den Änderungsantrag 20-14924 (TOP 5.4).

5.2. Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord - Änderungsantrag zu DS 20-14639 20-14873

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14639 / TOP 5.

Erledigt durch den Änderungsantrag 20-14924 (TOP 5.4).

**5.3. Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14639 20-14639-01**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14639 / TOP 5.

Beschluss (geändert):

~~Die durchgehende Variante der Stadtstraße Nord wird weiterverfolgt.~~
~~Der Ausbau der Stadtstraße Nord erfolgt, wie bereits 2015 beschlossen und in den folgenden Jahren mehrfach bestätigt, in einem Bauabschnitt. Die Bereiche Mitgaustasse, Wodanstraße und zwischen Mittelweg und Hamburger Straße werden abschnittsweise nach Vorliegen des entsprechenden Planungsrechtes realisiert.~~

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 5 Enthaltungen: 0

5.4. Weiteres Vorgehen zur Stadtstraße Nord - Änderungsantrag zu DS 20-14870 20-14924

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14639 / TOP 5.

Beschlussvorschlag:

1. Einem stufenweisen Vorgehen zur verkehrlichen Erschließung der neuen Nordstadt wird zugestimmt, soweit es die Abschnitte zwischen dem Mittelweg im Westen und dem Bienroder Weg betrifft (Variante V2 und V3).
2. Der Ausbau des Abschnitts zwischen der Hamburger Str. und dem Mittelweg erfolgt erst, wenn im Rahmen der weiteren städtebaulichen Entwicklung neue Erschließungsstraßen und Alternativlösungen notwendig sind. Die denkbaren Varianten werden erneut mit einer Analyse der Verkehrsentwicklung in dem Quartier den Fachgremien zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Bei allen Planungsschritten ist zu berücksichtigen, welche Auswirkungen auf den Modal Split angesichts der vielen Bestrebungen, den Radverkehr (z.B. Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig") und den ÖPNV (z.B. der geplante Bau der Campusbahn) in diesem Gebiet zu fördern, zu erwarten sind.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5 Dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Abgelehnt.

- 6. 149. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Grundschule Wedderkopsweg";
Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391
Auslegungsbeschluss** 20-14550

TOP 6, 7 und 7.1 werden gemeinschaftlich besprochen. Stadtbaurat Leuer erläutert zum Thema und zur Erörterung im Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet. Ratsfrau Mundlos fragt, inwieweit sich Gebäudestruktur und Straßenführung ändern würden, falls die Fläche, die sich noch nicht im Eigentum der Stadt befindet, nicht erworben werden kann. Stadtbaurat Leuer führt aus, dass dies die Realisierung der Grundschule nicht gefährden würde, räumlich müsste geringfügig angepasst werden. Es hätte keine Auswirkung auf die Verkehrsführung. Ratsherr Kühn weist darauf hin, dass bei einer geplanten Photovoltaikanlage nicht grundlastgesteuert, sondern flächengesteuert agiert wird. Stadtbaurat Leuer und Stadtrat Herlitschke erläutern auf Frage der Ratsfrau Schneider: Ein Energiekonzept wird im weiteren Verfahren entwickelt (Bebauungsplan, Raumprogramm, Kostenfeststellung, Realisierung der Neubaumaßnahme voraussichtlich im Rahmen eines partnerschaftlichen Modells (PPP-Projekt)). Stadtrat Herlitschke geht auf Wunsch von Frau Dr. Goclik auf eine eventuelle Dach- und Fassadenbegrünung der Sporthalle ein. Regenwasserrückhaltung wird in der Erschließung geplant, kündigt Stadtbaurat Leuer an.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt die Sitzung um 18:33 Uhr. Ratsherr Dr. Dr. Büchs verlässt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Beschluss:

1. Dem Entwurf der 149. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der 149. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung mit Umweltbericht sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 7. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift " Grundschule Wedderkopsweg", LE38
Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391 (Geltungsbereich A)** 20-14357

Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Flst. 402/7 u. 402/11 (Geltungsbereich B)

Auslegungsbeschluss

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14550 (TOP 6).

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 20-14357-01.

7.1. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Grundschule Wedderkopsweg", LE38 20-14357-01

Stadtgebiet zwischen Wedderkopsweg, Triftweg und A 391 (Geltungsbereich A)

Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Flst. 402/7 u. 402/11 (Geltungsbereich B)

Auslegungsbeschluss

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14550 (TOP 6).

Beschluss:

"Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Grundschule Wedderkopsweg“, LE38, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. 153. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Hinter dem Berge"; Stadtgebiet Ortsteil Hondelage nördlich der Straße Hinter dem Berge 20-14818

Auslegungsbeschluss

TOP 8, 9 und 10 werden gemeinschaftlich besprochen. Stadtbaurat Leuer erläutert die Beschlussvorlagen und geht auf Anmerkungen und Fragen von Ratsfrau Schneider ein, die sich u. a. ehrgeizigere energetische Standards gewünscht hätte. 60 Wohneinheiten laut Nutzungsbeispiel bilden das theoretisch mögliche Maximum ab, für das die soziale Infrastruktur ausgelegt sei (siehe auch Erfahrungen zum Baugebiet Heinrich-der-Löwe-Kaserne). Da Planungsrecht zur Mindest-Energieeffizienzklasse nicht rechtssicher sei, habe man dies zumindest über den städtebaulichen Vertrag geregelt. Für die Quote von 20 % sozialem Wohnraum auch bezogen auf Einfamilien- und Doppelhäuser gilt der Stichtag 01.01.2021, sodass hier noch die ursprüngliche Regelung (Quote von 20 % sozialem Wohnraum bezogen auf Geschosswohnungsbau) greift. Regen-/Brauchwassernutzung könne nicht bebauungsplanrechtlich geregelt werden, antwortet Herr Warnecke Frau Dr. Goclik. Bereits erfolgten Baumfällungen werde nachgegangen, sie werden mitbilanziert und für Ausgleich und Ersatz berücksichtigt, wird zugesagt. Bezogen auf das bestehende naturnahe Stillgewässer möchte Frau Dr. Goclik wissen, warum keine Erhebung zu Libellen erfolgt sei. Herr Gekeler erklärt, dass die Biotope (u. a. zwei Teiche, einer innerhalb und einer außerhalb des Geltungsbereiches) kartiert wurden, dabei seien keine auffallend hohen Libellenvorkommen ermittelt worden. Der Teich im Geltungsbereich bleibt erhalten.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik nimmt ab 18:41 Uhr wieder an der Sitzung teil. Ratsherr Dr. Dr. Büchs nimmt ab 18:51 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

1. „Dem Entwurf der 153. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der 153. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung mit Umweltbericht sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

9. **Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Hinter dem Berge", 20-14807
HL 48**
Stadtgebiet nördlich der Straße Hinter dem Berge (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemarkung Hondelage Flur 11, Flurstücke 64/1 und 64/2 (tlw.) (Geltungsbereich B), Gemarkung Dibbesdorf Flur 5, Flurstück 5/2 (Geltungsbereich C)
Auslegungsbeschluss

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14818 (TOP 8).

Beschluss:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Hinter dem Berge“, HL 48, sowie dem Entwurf der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

10. **Städtebaulicher Vertrag "Hinter dem Berge", HL 48, für den Bereich zwischen dem Sportplatz und den Straßen Hinter dem Berge und Am Beek 20-14701**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14818 (TOP 8).

Beschluss:

„Dem Abschluss städtebaulicher Verträge für das Baugebiet „Hinter dem Berge“, HL 48, zwischen der Stadt Braunschweig und der Firma FIBAV-Finanzdienstleistungs-Immobilienvermittlungs-Gesellschaft mbH, Königslutter, (Vorhabenträgerin) und der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit den unter Vertragsinhalten aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

11. **2. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Senefelderstraße 2a", ST 82 20-14703**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines 2. Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Senefelderstraße 2a“, ST 82, zwischen der Stadt und der Firma Küchen Aktuell GmbH, Braunschweig, als Vorhabenträgerin mit den unter Vertragsinhalten genannten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. **Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung 20-14845**

Nach Einleitung durch Stadtbaurat Leuer äußern sich Ratsfrau Mundlos und Ratsherr Kühn positiv zur Resolution. Frau Dr. Goclik regt an, die Resolution dahingehend zu ergänzen, dass die Fläche als Vorranggebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen wird. Stadtbaurat Leuer sagt zu, das Anliegen im Gespräch mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) im Dezem-

ber 2020 einzubringen. Es wird die Gelegenheit zur Erörterung bestehen, wenn die Stellungnahme zur Neuaufstellung des RROP dem Ausschuss vorgelegt wird.

Beschluss:

„Der Resolution zur erklärten Planungsabsicht des Landes zur Festlegung der Ölschieferlagerstätten im Großraum Braunschweig als Vorranggebiete Rohstoffsicherung im Rahmen der Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) (siehe Anlage 1) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

13. Neuplanung der Schwartzkopffstraße im Bereich der Straße Fichtengrund

20-14637

Herr Pottgießer erläutert den Sachverhalt. Das Engagement des Stadtbezirksrates 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode, des Klinikums und der Verwaltung und der resultierende Mehrwert für Radfahrende und Fußgänger*innen werden von den Ratsmitgliedern Kühn, Jalyschko und Schneider gewürdigt. Herr Pottgießer erklärt wunschgemäß, dass eine Breite von 2,0 m für den Radfahrstreifen das hier völlig ausreichende Normalmaß darstelle. Herr Pottgießer erläutert die Gründe, die in der Abwägung dazu führen, keinen Grünpfeil für rechts abbiegende Radfahrende zu installieren. Eventuell folge zu späterem Zeitpunkt ein solcher Grünpfeil im Rahmen einer verkehrsrechtlichen Anordnung.

Protokollnotiz: Der Zeitpunkt für die Verlegung des Klinikum-Haupteingangs an die Straße Fichtengrund wird nachgereicht. Die Umsetzung des Baus der Anbindung der Schwartzkopffstraße an die Straße Fichtengrund beginnt voraussichtlich Ende April 2021.

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 20-14637-01.

13.1. Neuplanung der Schwartzkopffstraße im Bereich der Straße Fichtengrund

20-14637-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14637 / TOP 13.

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau der Anbindung der Schwartzkopffstraße an den Fichtengrund entsprechend der Anlage dieser Ergänzungsvorlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Radwegführung auf der Celler Straße zwischen Freisestraße und Maschstraße

20-14632

Auf Wunsch des Bürgermitglieds Dr. Schröter und des Ratsherrn Dr. Dr. Büchs führt Stadtbaurat Leuer aus, dass die Verwaltung für zwei zu fällende Bäume möglichst in der Celler Straße im Bereich des Pkw-Parkstreifens Ersatzstandorte für Neupflanzungen suche. In diesem Zuge sei es auch geplant, die Sichtverhältnisse im Kreuzungsbereich zu verbessern und Fahrradabstellanlagen zu installieren.

Protokollnotiz: Ratsherr Hahn verlässt die Sitzung um 19:17 Uhr.

Beschluss:

„Der Planung und dem Umbau der Celler Straße wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Gehweg am Wilhelmitorwall**19-11532-02**

Stadtbaudirektor Leuer erläutert den Sachverhalt.

Ratsherr Möller bringt für die FDP-Fraktion den Änderungsantrag 20-14918 ein. Er bemängelt, der Stadtbezirksrat 131 Innenstadt sei bei der Anhörung schlecht informiert gewesen. Negative Auswirkungen des unnötigen Wegfalls von fast 100 Parkplätzen für Anwohner*innen, Institutionen/Geschäftstreibende mit Kundenverkehr (Arztpraxen, Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V. im Haus der Wirtschaft, Architekturbüro, Jochen Staake Stiftung, Film- und Fotostudio, Marketingagentur, Übersetzer- und Dolmetscherservice, AWO Tagesklinik für Kinder und Jugendliche) seien zu wenig gewürdigt worden.

Ratsfrau Mundlos unterstützt den Änderungsantrag.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die Ergänzungsvorlage, weil es ein deutliches Bekenntnis zu mehr Flächengerechtigkeit und Zukunftsorientierung bedeute. Es bestehe kein Anspruch auf Parkfläche im öffentlichen Raum und es sei ausreichend andere Infrastruktur (Pkw-Tiefgarage, vielfältige ÖPNV-Anbindungen, Radwege und -abstellanlagen) vorhanden. Ratsfrau Schneider hält die Relevanz für Anwohner*innen für gering. Im Bereich der Arztpraxen sei eine Parkraumbewirtschaftung sinnvoll. Mit Blick auf die Ausweisung als Fahrradstraße findet sie die Umsetzung der Variante C konsequent.

Ratsfrau vom Hofe verweist auf den Parksuchverkehr und die hohe Auslastung der Parkplätze, weshalb sie die Ergänzungsvorlage ablehne.

Ratsherr Kühn befürwortet Variante C als verkehrsplanerisch beste Lösung, zumal auf vielen Privatgrundstücken Kapazitäten für Pkw-Stellplätze bestehen würden.

Ausschussvorsitzende Palm lässt zunächst über den Änderungsantrag 20-14918 und dann über die Beschlussvorlage 19-11532-03 abstimmen.

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 19-11532-03.

15.1. Gehweg am Wilhelmitorwall**19-11532-03**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 19-11532-02 / TOP 15.

Beschluss:

„Die Gehwege werden durch eine durchgängige Markierung entlang der baulichen Trennung abgesetzt. Die Parkstände werden beidseitig als Längsparkstände markiert (Variante C).“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 4 Enthaltungen: 0

15.2. Änderungsantrag zu 19-11532-03 Gehweg am Wilhelmitorwall**20-14918**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 19-11532-02 / TOP 15.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Wilhelmitorwall ein neues Parkraumkonzept zu erarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen. Anhand einer zu erstellenden Bedarfsanalyse soll ein Konzept erarbeitet werden, dass einerseits den Erhalt möglichst vieler (Schräg-) Parkplätze zum Ziel hat, andererseits eine Situationsverbesserung für die Fußwege und den vorhandenen Baumbestand bedeutet. Teil des Konzeptes soll eine Parkraumbewirtschaftung sein, um den Park-Such-Verkehr in dem Bereich zu reduzieren. Notwendige bauliche Veränderungen, die die Fußwege von den Parkplätzen trennen (Bordsteinkante, Schwellen o. ä.) können somit über die zukünftige Parkraumbewirtschaftung finanziell kompensiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 4 Dagegen: 7 Enthaltung: 1

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

15.3. Änderungsantrag zu 19-11532-03 Gehweg am Wilhelmitorwall**20-14918-01**

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 19-11532-02 / TOP 15.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

16. Ideenplattform - Entfernung Parkbucht direkt vor Ampelanlage zur Gewährleistung der Sichtbarkeit der Radfahrer 20-14759

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 20-14759-01.

16.1. Ideenplattform - Entfernung Parkbucht direkt vor Ampelanlage zur Gewährleistung der Sichtbarkeit der Radfahrer 20-14759-01

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschluss:

„Zur Verdeutlichung der querenden Radfahrenden wird die Furtmarkierung vervollständigt und erneuert. Der zur Kreuzung hin am nahesten liegende Parkplatz wird durch Fahrradständer gesperrt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

17. Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebra-streifen) auf der Eisenbütteler Straße 20-14738

Stadtbaurat Leuer und Herr Benscheidt erläutern kurz den Sachverhalt und gehen auf Anmerkungen der Ratsmitglieder Jalyschko, Schneider und Dr. Mühlnickel ein, welche eine Verbesserung der Verkehrs- und Querungssituation für Fußgänger*innen und Radfahrende wünschen. Zuletzt wurde südlich Werkstättenweg die Parksituation verändert, die Gehwege damit verbreitert und die Fahrbahn enger gemacht, sodass sich überhöhte Geschwindigkeiten reduziert haben. Die Netzbedeutung der Eisenbütteler Straße wird im Rahmen des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) betrachtet. In Anhängigkeit davon, ob die Eisenbütteler Straße weiterhin als Hauptverkehrsstraße für den motorisierten Individualverkehr dienen soll, ergeben sich ggf. weitere Maßnahmen für eine Umgestaltung. Ratsherr Kühn vollzieht die schriftliche und mündliche Begründung der Verwaltung nach. Sofern sinnvoll und möglich, würde er eine Querungshilfe in der Nähe begrüßen.

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 20-14738-01.

17.1. Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebra-streifen) auf der Eisenbütteler Straße 20-14738-01

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14738 / TOP 17.

Beschluss:

„Die Idee, auf der Eisenbütteler Straße in Höhe des Parkplatzes gegenüber der Feuerwehr einen Fußgängerüberweg einzurichten, wird nicht umgesetzt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

18. Weiterführung Ringgleis - Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023 20-14402

Stadtrat Herlitschke stellt das Maßnahmenprogramm kurz vor.

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN den Änderungsantrag 20-14928 ein. Er spricht sich zudem dafür aus, ausreichende Finanzen zur Instandhaltung des Ringgleises inkl. Hinweistafeln bereitzustellen.

Stadtrat Herlitschke teilt zum Änderungsantrag das Folgende mit:

Bei der sogenannten Epoxidharzbeschichtung kommt ein lösemittelfreies, flexibles Epoxidharzsystem mit Quarzeinstreuung zur Anwendung. 20% dieses Epoxidharzgemisches bestehen aus nachwachsenden Rohstoffen, der Quarzsand ist ohnehin ein natürliches Material, erhöht zudem die Rutschfestigkeit. Diese Art der Beschichtung ist vergleichbar mit einer herkömmlichen Fahrbahnmarkierung im Straßenverkehr, allerdings deutlich dünner. Jedoch

gehen unter Laborbedingungen von der Epoxidharzbeschichtung 60% weniger Mikroplastik ab als bei den sonst üblichen Fahrbahnmarkierungen.

Mikroplastik ist auch in einer normalen Asphaltdecke in Form von Bitumen enthalten und wird durch Benutzung abgerieben. Da die in Abrede befindlichen Abschnitte des Ringgleises bereits asphaltiert sind, relativiert sich die Aussage einer zusätzlichen Belastung durch Abrieb an Mikroplastik damit - letztendlich wird dadurch der Abrieb der darunter liegenden Asphaltenschicht damit erst einmal unterbunden. Der Reifenabrieb von Fahrrädern und sogar der Abrieb von Schuhen setzt ebenfalls Mikroplastik frei, dieser wird je nach Frequentierung einen deutlich höheren Anteil an Mikroplastik ausmachen als von der Epoxidharzsicht aus gehen wird.

Stadtrat Herlitschke stellt noch detailliertere Aussagen in einer Mitteilung in Aussicht.

Ratsfrau Mundlos erklärt, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung zur Beschlussvorlage enthalten wird, um sich Optionen für die Haushaltsberatungen offenzuhalten. Stadtrat Herlitschke erläutert, dass der Haushaltsslage bereits damit Rechnung getragen werde, dass einige größere und kostenintensive Ringgleismaßnahmen zeitlich geschoben worden seien. Ratsherr Kühn geht auf die Vorredner*innen ein und lobt das Maßnahmenprogramm. Frau Dr. Goclik wünscht mehr Einsatz für den Artenschutz. Ratsherr Manlik plädiert dafür, in die Qualität des Ringgleises (Breite, Fargebung, dunkle Asphaltierung für eine komfortable Nutzung auch bei schlechtem Wetter) zu investieren.

Stadtrat Herlitschke geht auf diese Aspekte ein und gibt Ausblicke. Die gelbe Epoxidharzbeschichtung solle verdeutlichen, dass schnelle Verkehrsteilnehmer*innen Rücksicht nehmen müssen. Zur Konkurrenz zwischen Pflanzenbestand und positiven klimatischen Auswirkungen des Ringgleises signalisiert er Offenheit zur Diskussion.

Ratsfrau Schneider bemängelt die zu Umwegen führenden Provisorien und fragt, was aus Sicht der Verwaltung Planungsziele und Hauptproblemfelder seien.

Ratsherr Dr. Dr. Büchs entgegnet Ratsherr Manlik, er hält eine Geschwindigkeit reduzierende Gestaltung für richtig, damit es zu weniger Konfliktsituationen zwischen verschiedenen Nutzergruppen kommt. Eine helle Gestaltung wirke sich positiv auf Insekten und Spinnen aus (geringere Überhitzung).

Stadtrat Herlitschke führt beispielhaft aus, dass man den Bauabschnitt „Echobrücke“ bis Brücke Salzdahlumer Straße erst nach Einigung mit der Deutsche Bahn AG starten könne. Im Hauptbahnhofumfeld seien städtebauliche Planungen und Auswirkungen auf Verkehrsströme zu beachten. Die Überbrückung von Barrieren sei ein wichtiger Aspekt. Die Umsetzung originär angedachter Routen hänge von Grundstücksankäufen ab. Zum Postgleis seien lange Verhandlungen absehbar. Finanzmittel, die aufgrund von Verzögerungen bei großen Maßnahmen übrig bleiben, können kurzfristig für Bänke, Infostelen, andere Möblierung, Be pflanzung, Markierung (alles auch mit dem Ziel der Entschleunigung), insektenfreundliche Beleuchtung in neuen Bereichen und im Bestand umgenutzt werden.

Ratsherr Dr. Mühlnickel erklärt aufgrund der Ausführungen und Ankündigung von Stadtrat Herlitschke den Änderungsantrag 20-14928 für die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN für erledigt.

Protokollnotiz am 13.01.2021: Dem Anliegen zum Änderungsantrag wird gemäß Ankündigung mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 20-14928-01 entsprochen.

Beschluss:

„Dem Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023 zur Weiterführung des Ringgleises wird vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über den Haushaltssplan 2021 zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 3

18.1. Weiterführung Ringgleis - Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023 - Änderungsantrag zu DS 20-14402 20-14928

Wortbeiträge siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 20-14402 / TOP 18.

Als erledigt erklärt.

19. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mehlkamp und Heinenkamp" in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164) 20-14671

Stadtrat Herlitschke und Herr Zindel erläutern den Prozess (Beteiligungsverfahren usw.). Die aus zeitlichen Erwägungen nicht vorgetragene Präsentation ist protokollarisch im Ratsinformationssystem einsehbar.

Ratsfrau Mundlos und Ratsherr Kühn machen Anmerkungen. Ratsherr Dr. Dr. Büchs fragt, inwieweit die Verwaltung finanzielle und personelle Ressourcen erhöhen müsse, um die Artenerfassung im Allgemeinen zu intensivieren und aktuell zu halten.

Nach dem Ergebnis der Basiserfassung sind in dem gegenständlichen Gebiet ausschließlich Lebensraumtypen, die den Erhaltungszustand B aufweisen, festgestellt. Frau Dr. Goclik sieht das Verbesserungsgebot als zu wenig beachtet, weil nicht auf den Erhaltungszustand A abgestellt wird. Sie fragt, wie die Untere Naturschutzbehörde mit dem punktuell möglichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln umgehe.

Die Herren Gekeler, Kirchberger und Herlitschke gehen auf die Fragen und Anmerkungen ein. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfordern eine zeitnahe Sicherung als FFH-Gebiet. Abweichungen von den ministerialen Vorgaben zur Unterschutzstellung erhöhen das Potenzial für Klageverfahren. Herr Kirchberger antwortet Ratsherrn Dr. Dr. Büchs, dass das Vogelschutzgebiet Querumer Forst nicht einbezogen worden sei, weil es bereits ausreichend in der Form eines Landschaftsschutzgebietes ausgewiesen ist. Die Artenerfassung basiere auf den Daten des insoweit zuständigen Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Die Grundlage für die Regelungen der Verordnung müsse der Status Quo sein, also hier die festgestellten Lebensraumtypen mit Erhaltungszustand B. Sollte sich der bessere Erhaltungszustand A entwickeln, wäre eine Anpassung der Verordnung möglich. Zur Genehmigung von Pflanzenschutzmitteln auf in der Verordnung dargestellten Flächen durch die Untere Naturschutzbehörde ist der Walderlass in aktueller Fassung maßgebend. Neue Rechtsgrundlagen würden eine Anpassung der Verordnung ermöglichen.

Protokollnotiz: Ratsherr Edelmann verlässt die Sitzung um 20:28 Uhr.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Verordnung über das Naturschutzgebiet „Mehlkamp und Heinenkamp“ in der Stadt Braunschweig (NSG BR 164) wird mit den als Anlage 2 bis 4 beigefügten Kartenanlagen in der anliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

20. Anfragen

20.1. Hochwasserschutz für Feldstraße und Kälberwiese 20-14838

Der Ausschuss nimmt die vorab einsehbar gemachte Stellungnahme ohne Wortbeiträge zur Kenntnis.

20.1.1. Hochwasserschutz für Feldstraße und Kälberwiese 20-14838-01

Vor der Sitzung einsehbar gemacht. Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

20.2. Klimaschutzvorgaben für Baugebiete 20-14816

Der Ausschuss nimmt die vorab einsehbar gemachte Stellungnahme ohne Wortbeiträge zur Kenntnis.

20.2.1. Klimaschutzvorgaben für Baugebiete 20-14816-01

Vor der Sitzung einsehbar gemacht. Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

20.3. Planung, Aufwertung und Umgestaltung Johannes-Selenka- 20-14847

Platz

Der Ausschuss nimmt die vorab einsehbar gemachte Stellungnahme ohne Wortbeiträge zur Kenntnis.

20.3.1. Planung, Aufwertung und Umgestaltung Johannes-Selenka- Platz

20-14847-01

Vor der Sitzung einsehbar gemacht. Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

20.4. Mündliche Anfrage

Protokollnotiz: Ratsfrau Jaschinski-Gaus verlässt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Ratsherr Dobberphul spricht eine Fläche östlich von Timmerlah an, zu der er sich einen Ankauf und eine Entwicklung zum Baugebiet durch die Stadt wünschen würde. Vorhandene Infrastruktur biete gute Grundlagen für eine Realisierung. Stadtbaurat Leuer kündigt an, dies zu betrachten bei der Neuaufstellung Flächennutzungsplan Braunschweig 2030. Ratsherr Dobberphul sagt zu, der Verwaltung weitergehende Informationen zur Verfügung zu stellen.
Protokollnotiz: Die Informationen sind zugegangen.

Ausschussvorsitzende Palm schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:49 Uhr.

gez. Palm

gez. Leuer

gez. Matoš

Ausschussvorsitz
Palm

Stadtbaurat
Leuer

Geschäftsleitung
Matoš